

# Österreich: Land ohne Mitte

■ JOHANNES HUBER



Johannes Huber, 52, betreibt den Blog „dieSubstanz.at – Analysen und Hintergründe zur österreichischen Politik“. Außerdem schreibt er regelmäßig für das Nachrichtenmagazin „News“, die Tageszeitung „Vorarlberger Nachrichten“ und die Seite „Vienna.at“.

**FPÖ-Chef Herbert Kickl bleibt bestimmender Faktor der österreichischen Politik. Durch die Bildung der schwarz-rot-pinken Regierung ändert sich nichts daran.**

Es ist geradezu peinlich, wenn sich Herbert Kickl neuerdings als „Noch-Nicht-Kanzler“ bezeichnet, wie er es bei der diesjährigen „Aschermittwochrede“ vor hunderten Anhängern im oberösterreichischen Ried getan hat. Es ist zu offensichtlich, dass er sich schon auch selbst ums Kanzleramt gebracht hat. Allein, wie er die ÖVP Anfang Jänner zu Verhandlungen „eingeladen“ hat. Unter dem Motto „Friss und stirb“: Sie hätte eingestehen sollen, dass er der Wahlsieger und sie die große Verliererin sei, sie hätte sich mit der Rolle der Mehrheitsbeschafferin für seine Vorstellungen begnügen sollen. Es konnte nicht gut ausgehen.

## Ewig auf der Oppositionsbank?

Heute gibt es eine schwarz-rot-pinke Regierung unter Führung von Christian Stocker (ÖVP), Andreas Babler (SPÖ) sowie Beate Meinl-Reisinger (Neos) und Kickl sitzt im Nationalrat weiterhin nur auf der „Oppositionsbank“, wie man so sagt.

Es wirkt unvorstellbar, dass er von dort jemals wegkommen wird, dass er eines Tages sein Ziel erreichen kann, ins Kanzleramt zu gelangen, um nach dem Vorbild des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban autoritär zu agieren: Man könnte glauben, die ÖVP, die als einzige Partei dafür in Frage kommt, ihm das als Koalitionspartnerin zu ermöglichen, sei jetzt wirklich gegen ihn.

Vor allem auch im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Europa: Kickl möchte weniger EU. Die Ukraine würde er Russland überlassen bzw. die Sanktionen

gegen Russland aufheben und die Unterstützung der Ukraine einstellen. Die Beteiligung Österreichs an einer Europäischen Verteidigungsunion lehnt er ab. Schon der Beitritt zu „Sky Shield“, einer Initiative mehrerer Staaten zur Verbesserung der Raketenabwehr, ist ihm zu weit gegangen. Da würde er unter Verweis auf die Neutralität bzw. das, was er darunter versteht, aussteigen.

All das widerspricht dem Bekenntnis zu Europa im Allgemeinen und der EU im Besonderen, das für die ÖVP laut Christian Stocker wesentlich ist und in den kommenden Jahren kaum weniger bedeutend werden dürfte. Also könnte man finden, Kickl habe den Höhepunkt seiner politischen Karriere bereits hinter sich.

Ist es so? Die Bildung einer schwarz-rot-pinken Regierung heißt noch nichts. Dazu geführt hat enormer Druck: Ausschlaggebend für die ÖVP war weniger ein Interesse, nach mehreren Jahren wieder mit der SPÖ zusammenzufinden, sondern pure Not. Andernfalls hätte sie sich als Juniorpartnerin ganz den Freiheitlichen unterwerfen oder sich mit der Aussicht auf noch größere Verluste in Neuwahlen begeben müssen. Bei der SPÖ war eher die Erkenntnis maßgebend, dass man die Chance, auf Bundesebene zu Macht zu kommen, nützen muss, weil man sonst Gefahr läuft, vollkommen bedeutungslos zu werden.

Wähler der Neos wiederum erwarten sich, dass diese Verantwortung übernehmen. Anfang Jänner mag ihre Vorsitzende Beate Meinl-Reisinger einigermaßen überzeugend dargelegt haben, warum es zum

damaligen Zeitpunkt nicht gegangen sei mit ÖVP und SPÖ. Beim zweiten Anlauf wäre ihr das schwer möglich gewesen: Es galt nun viel mehr noch als Pflicht, an einer Regierung ohne Kickl mitzuarbeiten, die über eine breite Mehrheit im Hohen Haus verfügt, sind sicherheitspolitische Herausforderungen, die zu bewältigen sind, doch genauso größer geworden wie zum Beispiel budgetäre.

Um es kurz zu machen: Schwarz-Rot-Pink ist gebildet, die drei Parteien müssten aber erst zusammenwachsen, damit eine starke Regierung entstehen kann, die in dieser Konstellation vielleicht auch über die nächste Nationalratswahl hinaus besteht, sodass sich die Aussicht Kickls auf eine Kanzlerschaft weiter eintrübt.

Vor allem ÖVP und SPÖ wären da gefordert. Beide müssten sich zunächst neu positionieren. Seit Jahren richten sich zumindest Teile von ihnen nach der FPÖ aus. Das macht diese wiederum zum inhaltlich bestimmenden Faktor der österreichischen Politik, es sorgt dafür, dass Herbert Kickl auch als Oppositionsvertreter die Themen setzt und Einfluss auf die Zugänge nimmt.

Die Volkspartei orientiert sich in der Regel direkt an ihm und seiner Partei. Schon vor seiner Zeit als FPÖ-Chef ist sie unter Sebastian Kurz im Jahr 2017 gezielt dazu übergegangen, rechtspopulistisch zu agieren; in der Asyl- und Migrationspolitik, aber auch in der Europapolitik. Getragen war und ist das von der Überzeugung, dass sie der FPÖ so Wind aus den Segeln nehmen könne. Anfangs ist ihr das insofern gelungen, als sie ihr Wähler abnehmen konnte. Längerfristig rächte es sich jedoch: Sie hat die FPÖ inhaltlich bestätigt und die erwähnten Wähler nach Kurz wieder an diese verloren.

Vor diesem Hintergrund könnte man sich wundern, dass sie daraus keine Lehren zieht. Im laufenden Wahlkampf zur Wiener Gemeinderatswahl unterscheiden sich ihre Botschaften in nichts von denen der FPÖ. „Deutsch ist Pflicht, Habibi“, heißt es in ihrer Kampagne, von einer „Messermetropole“ spricht sie in Bezug auf die Stadt.

Auch die Bundes-ÖVP kann's nicht lassen: Stockers Europaministerin Claudia Plakolm (ÖVP) beschimpft die EU, sie reguliere und kümmerge sich um Flaschenverschlüsse statt um große Fragen, zu denen die 30-Jährige nicht etwa Verteidigung oder Wettbewerbsfähigkeit, sondern zuallererst die Sicherung der Außengrenzen gegen illegale Migration zählt.

Um nicht missverstanden zu werden: Es macht einen großen Unterschied, dass Stocker und nicht Kickl in Brüssel mitwirkt an europäischer Politik. Stocker trägt Wichtiges mit. Er zögert jedoch, für eine unmissverständlich proeuropäische Politik zu sorgen und zum Beispiel offen darüber zu reden, wie eine Verteidigungsunion ausschauen sollte. Lieber kümmert er sich mit Leuten wie Plakolm um Asyl und Migration. Kickl kann's gefallen. Im Endeffekt ist es dazu angetan, ihn weiter zu stärken.

### Rückbesinnung auf die Mitte

Und die SPÖ? Sie hat sich durch Freiheitliche längst spalten lassen. Ein Flügel um den burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil meint, ein Stück weit nach ihrem Vorbild ebenfalls rechts aufzeigen zu müssen. Was umgekehrt zu einer linken Gegenbewegung und zur Kür von Andreas Babler zum Vorsitzenden beigetragen hat.

Das ist ein Problem für die schwarz-rot-pinke Koalition: Sie bräuchte eine ÖVP, die die FPÖ und Herbert Kickl die FPÖ und Herbert Kickl sein lässt. Die sich um eine Rückbesinnung auf die Mitte sowie ein eigenständiges, überzeugendes Angebot für Wählerinnen und Wähler ebendort bemüht. Genauso bräuchte es eine SPÖ, die sich von der anderen Seite kommend auf die Mitte zubewegt. Dafür würde es in ihren Reihen sogar durchaus bedeutende Kräfte geben: Die Gewerkschafter und die Wiener um Bürgermeister Michael Ludwig etwa. Allein: Sie gelten als stark, sind es aber nur relativ: Bei der Bundesparteiwahlen 2023 sahen sie sich gezwungen, Babler hinzunehmen, um Doskozil zu verhindern. Diese Schwäche wirkt bis heute nach. ■

■ Schwarz-Rot-Pink müssten erst zusammenwachsen, damit eine starke Regierung entstehen kann, die in dieser Konstellation vielleicht auch über die nächste Nationalratswahl hinaus besteht.